



# Newsletter Digital Insight

März 2024

EDITORIAL

## Resilienzstrategien für Demokratien in der digitalen Welt

In unserer schnelllebigen digitalen Welt müssen Demokratien heute ganz neuen Herausforderungen begegnen. Internet und soziale Medien verändern, wie wir Nachrichten konsumieren, diskutieren und politische Meinungen bilden. Damit einher gehen auch Risiken: Falschinformationen verbreiten sich blitzschnell; politische Debatten lassen sich leicht polarisieren. Deshalb ist es wichtiger denn je, dass unsere demokratischen Systeme stark und widerstandsfähig bleiben.

Doch wie können sich Demokratien rüsten, um in der digitalen Ära nicht nur zu überleben, sondern zu gedeihen? Auf der Suche nach Antworten widmet sich die März-Ausgabe der *Digital Insight* daher dem Thema Resilienzstrategien für Demokratien in der digitalen Welt.

*Im Comment* erörtert Werner Achtert, Geschäftsleitung Public Sector der msg, wie die aktuellen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen an unsere Demokratie diese resilienter machen können. In den *InBriefs* erfahren Sie mehr zur Mobilisierung von Wählern und Wählerinnen in Zeiten von digitalem Wandel, der Rolle von Social Media im Kontext von Politik und zum Einfluss von Desinformation und Propaganda im Netz.

Unser Interview in der Rubrik *InPerson* führen wir mit Professorin Dr. Edda Humprecht. Unsere Fragen an die Professorin für Kommunikationswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena sind: Was macht eine Gesellschaft resilient? Was können institutionelle und nicht-institutionelle Einrichtungen sowie jedes Individuum zur Stärkung der Resilienz tun? Und wie verantwortungsvoll mit Desinformation umgehen?

Weshalb Informationshoheit als Grundpfeiler für Vertrauen in staatliches Handeln dient, erläutern Jan Engelke, Executive Business Consultant, und Julius Wolz, Senior Business Consultant bei msg, in der Rubrik *InFocus*.

In der Rubrik *PoliticalVoice* äußert sich Catarina dos Santos-Wintz, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Digitales und Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU, zu Desinformation vor Wahlen und wie sich Demokratien dagegen rüsten können.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Mit herzlichen Grüßen

Regina Welsch  
Redaktionsleitung *Digital Insight*,  
Abteilungsleiterin Digitalpolitik, msg

## INQUOTE



**Prof. Dr. Klaus Lieb, Leiter des Leibniz-Institut für Resilienz-forschung (LIR) in Mainz:**

*„Resilienz ist in der Tat ein aktiver Prozess, bei dem eine Vielzahl kognitiver Faktoren eine begünsti-*

*gende Rolle spielen. Dazu gehört zunächst einmal eine positive Grundeinstellung gegenüber dem digitalen Wandel: Menschen, die nicht nur das Negative, sondern auch positive Aspekte wahrnehmen und diese auch nutzen können, sind resilienter als Menschen, denen dies schwerfällt.“*

Am 20. Juli 2023 in einem [Interview](#)

**Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident:**

*„Demokratie ist anstrengend, mühsam, sie braucht Zuhören und sich Auseinandersetzen, und sie braucht ehrliche Kompromisse. Und genau deshalb sollten wir den Kompromiss nicht denunzieren als faulen Kompromiss. Denn gemeinsam Probleme zu lösen, das ist die wahre Stärke der Demokratie.“*

Am 11. März 2022 in einer [Rede](#)

**Prof. Dr. Doris Weißels, Professorin für Wirtschaftsinformatik an der FH Kiel:**

*„Ich betrachte digitale Kompetenzen als entscheidend für die Resilienz und Selbstbestimmung der Menschen im digitalen Wandel. Es geht dabei nicht nur um ein Grundverständnis für die Technik, sondern auch um ein Verständnis für ethische und rechtliche Fragestellungen.“*

Am 15. Februar 2024 in einem [Interview](#)

**Dr. Marianne Janik, Vorsitzende der Geschäftsführung Microsoft Deutschland:**

*„Mit 61 Prozent ist die Mehrheit der Befragten aktuell digital resilient, also durch die Digitalisierung eher beflügelt als belastet. Das ist positiv, aber der Trend ist leicht rückläufig. Die hohe Innovationsgeschwindigkeit erfordert zunehmend mehr Qualifikationen und höhere Flexibilität. Durch den Ausbau von Lernangeboten und Infrastrukturen und durch mehr Transparenz müssen wir den Digital-Optimismus stärken, um alle Menschen in die digitale Zukunft mitzunehmen.“*

Am 15. Februar 2024 in einem [Statement](#)

**Prof. Dr. Barbara Prainsack, Vorsitzende European Group on Ethics in Science and New Technologies:**

*“To protect democracies in the digital age, we need to treat democracy not just as a political regime but also to include the fundamental rights and values, which underpin it, and that democracy sets out to protect. Justice, equality, and freedom are such rights and values—and of course privacy.”*

Am 15. November 2023 in einem [Interview](#)

msg COMMENT

# Resilienz eines demokratischen Gemeinwesens in der digitalen Welt



von Werner Achtert,  
Geschäftsleitung  
Public Sector, msg

Wir leben in aktuell sehr unruhigen Zeiten und vor diesem Hintergrund erleben wir eine wachsende Bedeutung des Begriffs der „Resilienz“ in Bezug auf die wirtschaftliche, politische und mittlerweile auch militärische Situation Deutschlands. Resilienz beschreibt „... die Fähigkeit sozialer Gruppen, lokaler Gemeinschaften oder ganzer Länder Gefahren und Gefahrenfolgen zu widerstehen, zu absorbieren, mit ihnen umzugehen und möglichst rasch grundlegende Strukturen und Prozesse wieder zu aktivieren und zu normalisieren“<sup>1</sup>

Ein resilientes System – sei es technischer, biologischer oder sozialer Natur – ist in der Lage externen Herausforderungen standzuhalten und geht im Idealfall sogar gestärkt aus einer Krise hervor.

Die Finanz- und Wirtschaftskrisen der jüngsten Vergangenheit, die Corona-Krise, der Krieg in der Ukraine und die Auseinandersetzungen im Nahen Osten haben uns bewusst gemacht, dass unser Wohlstand sowie die Stabilität und Planbarkeit unseres Lebens nicht mehr selbstverständlich sind. Das hat zu einer Verunsicherung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geführt und das Gefühl der Verwundbarkeit erzeugt. Die globale Verflechtung hat zu einer geopolitischen Komplexität geführt, deren Wechselwirkungen nur noch schwer vorhersagbar sind. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche ist einerseits Treiber dieser Komplexität und gleichzeitig Mittel zur Beherrschung dieser komplexen Zusammenhänge.

Wie können wir also die Resilienz unseres Gemeinwesens sicherstellen? Wie können wir uns auf Krisen vorbereiten, angemessen darauf reagieren und möglichst gestärkt daraus hervorgehen? Und welche Chancen und Risiken ergeben sich aus der Digitalisierung für die Resilienz?

Da wäre als erstes die technische Resilienz unserer Infrastruktur als eine wesentliche Grundlage unseres Gemeinwesens. Große Teile unseres öffentlichen Lebens, Produktionsprozesse, Kommunikation, Logistik und die komplette Daseinsvorsorge setzen eine funktionierende, in weiten Teilen digitale Infrastruktur voraus. Unsere Stromnetze, die Wasserversorgung, Handynetze bis hin zu den Stromzählern in unseren Haushalten werden digital gesteuert.

Neben unbeabsichtigten Störungen drohen immer mehr bewusste Angriffe auf Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, und Verwaltungen auf Bundes-, Landes und Kommunalebene. Die gesetzlichen Regelungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen in der EU und Deutschland tragen diesen Herausforderungen weitgehend Rechnung, mit dem NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz (NIS2UmsuCG) werden die Anforderungen auch für die IT der Bundesverwaltung konkretisiert.<sup>2</sup>

Zweitens benötigen wir ökonomische Resilienz zur Sicherstellung der materiellen Grundlagen unseres Staates. Wirtschaftliche Stabilität ist in einer Welt mit globalen Lieferketten und Abhängigkeiten eine große Herausforderung. Eine Vielzahl von Faktoren wie die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten, Logistikketten und digitalen Steuerungssystemen liegen außerhalb des eigenen Einflussbereichs. Zur Sicherstellung der digitalen Resilienz von Unternehmen gibt es einschlägige Normen, für einzelne Branchen sogar standardisierte Vorgaben wie beispielsweise Versicherungsaufsichtliche Anforderungen an die IT (VAIT) für Versicherungen. Die ökonomische Resilienz einer ganzen Volkswirtschaft kann nicht nur auf einzelwirtschaftlichen Entscheidungen beruhen. An dieser Stelle muss der Staat zur Wahrung übergeordneter Interessen eingreifen, zum Beispiel zur Gewährleistung gleichmäßiger Lebensverhältnisse oder um die Versorgungssicherheit mit kritischen Produkten wie Medikamenten zu sichern.

Drittens benötigen wir eine resiliente Verwaltung zur Sicherstellung der elementaren Aufgaben des Staates wie Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit, Daseinsvorsorge, soziale Sicherheit sowie innere und äußere Sicherheit. Die Verwaltung ist zur regulären Aufgabenerfüllung i.d.R. hierarchisch mit klaren Zuständigkeiten organisiert und kann, anders als ein Unternehmen, nicht von sich aus ihre Ziele und die Regeln, nach denen sie arbeitet, ändern. Diese bürokratischen Strukturen sind für einen geregelten Verwaltungsvollzug in normalen Zeiten sicher sinnvoll und geeignet. In Krisensituationen und bei unvorhergesehenen Ereignissen können diese festen Strukturen eher hinderlich sein, weil sie der selbständigen, flexiblen Reaktion auf veränderte Bedingungen enge Grenzen setzen. Staatliche Organe müssen auch in Krisen handlungsfähig bleiben, sich flexibel an neue, dynamische Situationen anpassen und – im Idealfall - aus vergangenen Krisen lernen.

Als viertes benötigen wir gesellschaftliche Resilienz. Die gesellschaftliche Resilienz eines demokratischen Gemeinwesens manifestiert sich in der Widerstandsfähigkeit der Prozesse und Institutionen, gerade in Krisen. Eine wichtige

Voraussetzung dafür ist das Vertrauen in staatliche Entscheidungsprozesse und darauf basierend die breite Akzeptanz staatlicher Entscheidungen. Dazu gehört ein Ausgleich der vielfältigen Interessen und Meinungen unserer pluralistischen, offenen Gesellschaft. Jeder Diskurs in der Demokratie basiert auf der Möglichkeit sich frei zu informieren und seine Meinung frei zu sagen.

Eine resiliente Gesellschaft muss sich an langfristig gültigen Prinzipien ausrichten, um nicht in politischen Aktionismus zu verfallen. Eine resiliente Gesellschaft muss mit Krisen umgehen, ohne auseinanderzubrechen und ohne ihre demokratischen Prinzipien aufzugeben. Hier hilft nur digitale Kompetenz, um den Umgang mit digitalen Medien zu lernen; wir brauchen den aufgeklärten Bürger, der sich am Diskurs in der digitalen Welt beteiligt und sich eigenständig eine Meinung bildet.

Wir sollten uns an Kant orientieren, dessen dreihundertsten Geburtstag wir dieses Jahr feiern: Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.<sup>3</sup>

---

1 Thuid Hustedt, Verwaltung und der Umgang mit Krisen und Katastrophen, Handbuch zur Verwaltungsreform, Springer VS, 2019

2 Das NIS2-Umsetzungsgesetz NIS2UmsuCG – OpenKRITIS, 4.3.2024

3 Immanuel Kant, Berlinische Monatsschrift, 1784



### Wähler und Wählerinnen in Zeiten des digitalen Wahlkampfes mobilisieren

Internet und besonders Social Media sind inzwischen ein fester Bestandteil des politischen Alltags. Demonstrationen organisieren, in Echtzeit aus Krisengebieten berichten oder über aktuelle politische Entwicklungen diskutieren: Soziale Netzwerke haben enormes Potenzial, um Einfluss auf aktuelle politische Diskurse zu nehmen und Menschen zu mobilisieren.

Die Fähigkeit zu mobilisieren ist aus Sicht politischer Parteien für Wahlkämpfe relevant, besonders durch Wahlwerbung auf Social Media. Ergebnis einer Bitkom-Studie aus dem Jahr 2023 zum Thema Social Media und politische Teilhabe ist: Inzwischen nutzen 89 % der deutschen Internetnutzerinnen und -nutzer ab dem Alter von 16 Jahren Social Media. Das sind umgerechnet 54 Millionen Menschen.<sup>4</sup>

Gerade bei jungen Menschen sind es die sozialen Netzwerke, die den schnellsten Zugang zum aktuellen politischen Weltgeschehen bieten. Rund 78 % der unter 30-Jährigen nutzen Social Media als erste Anlaufstelle, um sich über aktuelle politische Themen zu informieren.<sup>5</sup> Auch sagen 43 % der unter 30-Jährigen, dass soziale Netzwerke Einfluss auf die eigene politische Meinung haben.<sup>6</sup> Diese Zahlen deuten an, dass das Internet und Plattformen wie Instagram oder Facebook entscheidende Wahlkampf-Tools für Parteien sind. Dennoch gehen mit dem Internet

und dem digitalen Wahlkampf Risiken einher wie das Verbreiten von Falschinformationen. Die Bedeutung von Fake News und deren Auswirkungen auf Wahlkämpfe scheint stetig zu wachsen und wird durch die neueste Generation generativer KI noch verstärkt. Mit Deepfakes und KI-generierten Inhalten lassen sich Falschinformationen in Text-, Bild-, und Videoform so real wie noch nie erstellen und zum Diskreditieren politischer Gegner nutzen. Gerade mit Blick auf das Wahljahr 2024 scheint die Missbrauchsgefahr sehr groß. Neben US-Präsidentenwahl und Europawahl stimmen in über 50 Staaten Bürgerinnen und Bürger über ihre nächste politische Führung ab, darunter Indien, Großbritannien und Russland.<sup>7</sup>

Der Entwickler von ChatGPT, OpenAI, hat nun angekündigt, Maßnahmen gegen Manipulationen und Fake News in Wahlkämpfen zu ergreifen. Diese Maßnahmen umfassen Schritte, die den Missbrauch unterbinden sollen. Demnach soll ChatGPT nicht mehr in der Lage sein, politische Kampagnen oder Lobbyismus-Texte zu erstellen oder politische Kandidaten zu imitieren.<sup>8</sup> Auch arbeitet das Unternehmen eng mit internationalen Nachrichtenverlagen zusammen, um aktuelle politische Informationen einzubinden.

Inwieweit andere KI-Unternehmen dem Beispiel von OpenAI folgen werden, bleibt abzuwarten, ebenso wie der mögliche Erfolg der Maßnahmen.



### Social Media als politische Arena

In der modernen Gesellschaft spielen Social Media beziehungsweise soziale Medien eine entscheidende Rolle in der politischen Kommunikation. Sie sind Plattformen für politische Diskurse, verbreiten schnell Informationen und bieten Politik, Bürgern und Bürgerinnen neue Wege der Interaktion und des Engagements.

Soziale Medien haben sich als feste Größe in der Betrachtung der medialen Rahmenbedingungen für politische Kommunikationsprozesse etabliert. Geprägt haben diesen Trend die Wahlkampagnen in den USA: Politische Akteure in Deutschland folgten diesem Beispiel und nutzen Plattformen wie Facebook, Twitter, Instagram oder TikTok aktiv. Es zeichnet sich eine dynamische Interaktion zwischen den persönlichen Profilen von Politikern und Politikerinnen und den offiziellen Angeboten von Parteien, Gremien oder Institutionen ab. Diese digitalen Plattformen erlauben eine weitreichende, dezentral organisierte Kommunikation, die sich erfolgreich neben traditionellen Medien wie Zeitungen, Radio und Fernsehen positioniert hat. Gleichzeitig ermöglichen sie neue Formen der persönlichen Kommunikation. Damit markieren sie eine tiefgreifende Veränderung in der Entstehung politischer Öffentlichkeiten. Diese Entwicklung ist bedeutsam für die Strukturierung und Analyse moderner Mediendemokratien.<sup>9</sup>

Die Rolle sozialer Medien in der potenziellen Erosion demokratischer Strukturen bleibt eine offene Frage. Diesem Thema widmete sich 2022 die Studie eines interdisziplinären Forschungskollektivs, bestehend aus Vertretern des Max-Planck-Instituts, der Hertie School of Governance und der University of Bristol. Das Kollektiv identifizierte sechs zentrale Faktoren, die durch die Nutzung digitaler Medien beeinflusst werden, und für demokratische Systeme von signifikanter Relevanz sind: politische Partizipation, Kenntnisstand, Vertrauen in Institutionen, Polarisierung, Populismus sowie die Formation von Echokammern. Insbesondere die ersten zwei Faktoren zeigen tendenziell positive Auswirkungen, indem digitale Plattformen die politische Beteiligung erleichtern und dadurch Mobilisierung und Wahlbeteiligung fördern. Zudem tragen digitale Medien dazu bei, politisches Wissen zu erweitern und das Nachrichtenangebot zu diversifizieren. Die Studie führte aber auch negative Effekte auf das politische Verständnis auf, wie den "News-Finds-Me"-Effekt, bei dem Nutzer sozialer Medien annehmen, wichtige Nachrichten würden sie ohnehin erreichen.<sup>10</sup>



Der Studie zufolge korreliert die Nutzung digitaler Medien auch mit einem Vertrauensverlust in politische und demokratische Institutionen sowie in traditionelle Medienformate: Zunehmender Populismus, vornehmlich am rechten Spektrum des politischen Diskurses in Europa, sowie eine verstärkte Polarisierung innerhalb der Gesellschaft sind festzustellen.

Jüngste Studien zu Echokammern, definiert als Kommunikationsräume, in denen der Austausch von Meinungen ausschließlich unter ideologisch Gleichgesinnten stattfindet, ergaben: Echokammern hängen von den spezifisch untersuchten digitalen Medien ab. Obgleich generell im Internet keine eindeutigen Echokammern zu identifizieren waren, zeigt sich deren Präsenz innerhalb sozialer Netzwerkstrukturen. Innerhalb dieser geschlossenen Gruppen kann es zu einer Radikalisierung kommen, die demokratische Prozesse negativ beeinträchtigt.

Soziale Medien haben sich als zentrale politische Arena in der modernen Mediendemokratie etabliert, indem sie politische Diskurse fördern, die schnelle Verbreitung von Informationen ermöglichen und neue Interaktionswege zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern eröffnen. Sie bergen aber auch Risiken wie Vertrauensverlust in Institutionen, zunehmende Polarisierung und wachsender Populismus. Ihre doppelte Rolle spiegeln die Chancen und Herausforderungen wider, die digitale Medien für demokratische Prozesse darstellen.

## Desinformation und Propaganda im Netz – Einflüsse auf den Wahlkampf

In der digitalen Ära haben sich Desinformation und Propaganda zu zentralen Herausforderungen demokratischer Gesellschaften entwickelt, vor allem in Wahlkämpfen. Die Verbreitung falscher Informationen und gezielter Propaganda im Internet wirkt sich tiefgreifend auf die politische Meinungsbildung und Wahlentscheidungen aus.

Desinformation ist die absichtliche Verbreitung falscher oder irreführender Informationen. Ziel ist, öffentliche Meinungen zu manipulieren oder Gegner zu diskreditieren. Erreicht wird dies oft durch gefälschte Nachrichtenseiten, manipulierte Fotos und Videos sowie durch Bots und gefälschte Accounts in sozialen Netzwerken. Mit diesen Techniken werden gezielt Zweifel gesät, Misstrauen gegenüber politischen Institutionen geschürt und politische Gegner in ein schlechtes Licht gerückt.<sup>11</sup>

Propaganda, die systematische Verbreitung politischer Ideen und Meinungen, hat durch das Internet eine neue Dimension erreicht. Soziale Medien ermöglichen es, zielgerichtete Botschaften an spezifische Nutzergruppen zu senden, deren politische Vorlieben und Abneigungen bekannt sind. Kampagnen enthalten so maßgeschneiderte Inhalte, die darauf abzielen, Überzeugungen und Wahlverhalten zu beeinflussen. Algorithmen erlauben es, solche Inhalte verstärkt besonders empfänglichen Zielgruppen zu kredenzen.

Der Einsatz von Desinformation und Propaganda im Netz wirkt sich nicht nur unmittelbar auf den Wahlkampf aus,

sondern hat auch langfristige Folgen für die politische Kultur und die Stabilität demokratischer Systeme. Durch die Vertiefung bestehender politischer Spaltungen fördert die Polarisierung der Wählerschaft ein Umfeld, in dem Kompromisse zunehmend schwieriger zu erreichen sind. Parteien und ihre Anhänger finden sich in sogenannten Echokammern oder Filterblasen wieder, in denen sie nur mit gleichgesinnten Meinungen konfrontiert werden, was die Fähigkeit zum Dialog und zur Konsensfindung weiter untergräbt. Desinformationskampagnen, die falsche Behauptungen über Kandidaten oder Parteien verbreiten, tragen dazu bei, ein verzerrtes Bild der politischen Realität zu schaffen. Dies kann Wahlchancen beeinflussen, indem es die öffentliche Meinung manipuliert, aber auch den demokratischen Diskurs selbst beschädigen. Lügen und Halbwahrheiten, als Fakten behandelt, erodieren die Grundlage für eine informierte Wählerschaft. Dies untergräbt die Demokratie, die auf der Prämisse basiert, dass Bürger und Bürgerinnen Entscheidungen auf Basis korrekter, vollständiger Informationen treffen.<sup>12</sup>

Abschließend lässt sich sagen: Desinformation und Propaganda sind Ausdruck grundlegender struktureller Schwierigkeiten in unseren gesellschaftlichen und medialen Landschaften. Statt den Schwerpunkt auf die Inhalte zu legen, ist es entscheidend, Anfälligkeiten zu identifizieren und zu adressieren, die solche Narrative ermöglichen. Die Lösungsansätze umfassen zwei Bereiche – die Förderung der demokratischen Resilienz und die Reformierung der Medienrichtlinien.<sup>13</sup>

*Von der Redaktion*

---

4 [https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Mehr-als-50-Millionen-Deutsche-nutzen-soziale-Medien#\\_](https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Mehr-als-50-Millionen-Deutsche-nutzen-soziale-Medien#_) (Stand: 23.02.2024)

5 [https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Mehr-als-50-Millionen-Deutsche-nutzen-soziale-Medien#\\_](https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Mehr-als-50-Millionen-Deutsche-nutzen-soziale-Medien#_) (Stand: 23.02.2024)

6 [https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Mehr-als-50-Millionen-Deutsche-nutzen-soziale-Medien#\\_](https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Mehr-als-50-Millionen-Deutsche-nutzen-soziale-Medien#_) (Stand: 23.02.2024)

7 <https://www.stern.de/digital/online/wahlen-2024--wie-chatgpt-vor-missbrauch-im-wahlkampf-geschuetzt-werden-soll-34370816.html> (Stand: 23.02.2024)

8 <https://www.stern.de/digital/online/wahlen-2024--wie-chatgpt-vor-missbrauch-im-wahlkampf-geschuetzt-werden-soll-34370816.html> (Stand: 23.02.2024)

9 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/511478/social-media/>

10 <https://www.mpg.de/19474069/1108-bild-wie-gefaehrlich-sind-digitale-medien-fuer-die-demokratie-149835-x>

11 <https://www.kas.de/de/web/schwerpunktthemen/desinformation-bedrohung-und-gefahr>

12 <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/spionage-und-proliferationsabwehr/desinformation.html>

13 [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/608864/IPOL\\_STU\(2019\)608864\(SUM01\)\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/608864/IPOL_STU(2019)608864(SUM01)_DE.pdf)

INPERSON

# Was macht eine Demokratie resilient?

Interview mit Prof. Dr. Edda Humprecht



Quelle: Privat

**Prof. Dr. Edda Humprecht** ist Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie leitet dort eine Forschungsgruppe, die sich auf Digitalisierung und Öffentlichkeit konzentriert. Unter anderem untersucht sie die Resilienz verschiedener Länder gegenüber manipulativer Kommunikation wie Desinformation, Verschwörungserzählungen und Hassreden.

## Was ist Resilienz bzw. wie würden Sie Resilienz definieren?

Resilienz ist ein Konzept, was in sehr vielen Disziplinen verwendet wird. Deswegen ist es schwer, eine einheitliche Definition festzulegen. In den Kommunikationswissenschaften verwenden wir den Begriff, um zu beschreiben, welche Gesellschaften besonders gut mit externen Schocks umgehen können, wie z. B. die massive Verbreitung von Desinformationen, und auch gestärkt wieder daraus hervorgehen. Ich glaube, grundsätzlich ist zu thematisieren, dass Resilienz eine Art Buzzword ist. Es ist kein klares Konzept, das sich einfach messen lässt. Deswegen ist immer zu fragen, auf welcher Ebene angesetzt wird, um Resilienz zu stärken oder herbeizuführen.

## Welche Faktoren gibt es aktuell, die die Resilienz einer Demokratie gefährden könnten, speziell im digitalen Raum?

Es gibt eine ganze Reihe von Faktoren wie Vertrauen in Nachrichtenmedien oder in die Regierung und es kommt auch stark darauf an, welche Länder wir betrachten. Wenn wir uns die demokratischen Staaten im globalen Norden anschauen, dann kann großes Vertrauen in die Regierung einen anderen Effekt haben als in autoritären Staaten. Wir beobachten, dass die Polarisierung der Gesellschaft eine sehr große Rolle spielt. Je polarisierter eine Gesellschaft ist, desto anfälliger ist sie für Desinformation, weil Ideologie dabei ein starker Treiber ist.

Auf der Individualebene sehen wir beispielweise den Effekt, dass Menschen Informationen eher zustimmen, sobald sie

den Gegner diskreditieren. In der politischen Kommunikation wird dieser Effekt häufig als rhetorisches Mittel genutzt, um einem politischen Gegner ein bestimmtes Narrativ zuzuschreiben. Dieses Verhalten kann in einem Gewöhnungseffekt an eine bestimmte Art der Kommunikation resultieren.

## Was sind Desinformationen? Wie würden sie diese definieren?

Grundsätzlich unterscheiden wir zwischen Fehlinformation und Desinformation. Fehlinformationen sind falsche oder irreführende Informationen; bei Desinformation besteht die Intention zur Manipulation. Es gab schon immer die Versuche, andere zu täuschen. So wurde die politische Propaganda im zweiten Weltkrieg eingesetzt, um zu manipulieren. Die ersten Massenmedien, vor allem das Radio, wurden genutzt, um Desinformationen zu verbreiten. Politische Desinformation war auch Thema während des Kalten Kriegs auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Manipuliert wurden Bürgerinnen und Bürger auf der jeweils anderen Seite und der eigenen.

## Welche Rolle spielen Ihrer Ansicht nach Bildungseinrichtungen und die Förderung von Medienkompetenz in der Stärkung der Resilienz einer Demokratie?

Bildung spielt beim Medien- und Informationskonsum immer eine Rolle. Es ist aber nicht so einfach, da Lösungsansätze weitreichend sein und an der Demokratiekompetenz der gesamten Bevölkerung ansetzen müssen. Menschen müssen ein Verständnis dafür entwickeln, was das eigene Verhalten



im öffentlichen Raum oder im Online-Bereich für Konsequenzen haben kann, wenn sie zum Beispiel unbedacht Informationen weiterverbreiten, die falsch sein könnten. In unseren Studien sehen wir auf der Individualebene, dass ein kleiner Anteil Personen deutlich häufiger bereit ist, Desinformationen weiter zu verbreiten und zu kommentieren.

**Können Sie Beispiele nennen für staatliche und nicht staatliche Institutionen, die dazu beitragen können, die Resilienz einer Gesellschaft vor allem im Hinblick auf digitale Technologien zu stärken?**

Es ist abhängig vom jeweiligen Land. Wenn wir jetzt über Deutschland sprechen, gibt es eine ganze Reihe von Non-Profit-Organisationen, die in diesem Bereich arbeiten. Auf supranationaler Ebene war die WHO zum Beispiel während der Pandemie sehr aktiv; auf EU-Ebene gibt es Organisationen wie die EU. Von Bedeutung ist auch, dass die großen Online-Plattformen selbst aktiv werden und es dort eine Art Selbstregulierung gibt. Vor allem ist auf der Individualebene Demokratiebildung und Demokratieförderung zu betreiben, sodass Menschen auch im digitalen Raum verantwortungsvoll handeln. Dies muss auf ganz vielen Ebenen passieren – in der Schule, möglicherweise auch im Sportverein oder über Bildungsangebote im Netz. Ein vielschichtiges Programm, welches sich nicht nur an junge Leute richtet. Wir können in unseren Studien nämlich erkennen, dass insbesondere auch ältere Menschen Desinformationen weiterverbreiten und bestimmte Inhalte im Netz propagieren.

**Inwiefern tragen die Medien und auch die Art der politischen Kommunikation dazu bei, die Resilienz einer Gesellschaft zu stärken oder eben auch zu schwächen?**

Nach wie vor sind journalistische Standards sehr wichtig, auch damit Medien Desinformationen nicht unwissentlich weiterverbreiten. Es gibt Leitlinien für Medien zum Umgang mit Desinformationen, wie die Empfehlung, falsche Informationen nicht zu wiederholen. Allerdings machen das viele Redaktionen falsch. Wichtig ist auch eine Nachrichtenkompetenz der Bürgerinnen und Bürger. Sie benötigen das Wissen, wie Journalismus funktioniert, wie Recherche funktioniert, welche Qualitätskriterien und ethischen Standards es gibt. Für die meisten Menschen ist es schwer, qualitativ hochwertige Informationen von qualitativ niedrigen Inhalten zu unterscheiden. Eine große Verantwortung haben politische Akteure. Wir beobachten häufig, dass die Art der Kommunikation und der Umgang mit Gegnern, einschließlich

der verwendeten Bilder in der politischen Kommunikation, Einklang in Desinformationskampagnen finden, die im Internet verbreitet werden. Dadurch erfahren irreführende Narrative eine gewisse Normalisierung.

**Inwiefern beeinflussen Desinformation durch Social Media und digitale Plattformen die öffentliche Meinungsbildung in Demokratien?**

Ein Teil der öffentlichen Kommunikation hat sich in das Internet und auf soziale Plattformen verlagert. Das hat einen Einfluss auf das wahrgenommene Meinungsklima. Bürgerinnen und Bürger bekommen den Eindruck, bestimmte Meinungen dominieren und sind dann zurückhaltender, ihre eigene, abweichende Meinung zu äußern. Und das ist insofern bei Diskussionen in sozialen Medien problematisch, weil sich dort nur ein kleiner Teil der Nutzerinnen und Nutzer äußert, aber dieser Teil sehr sichtbar ist. Es entsteht der Eindruck, dass bestimmte Meinungen in der Gesellschaft dominieren, obwohl das nicht der Fall ist.

Hinsichtlich der Regulierung ist der Digital Service Act eine wichtige, wirkungsvolle Grundlage. Die Plattformen müssen frühzeitig gegen bestimmte Inhalte vorgehen. Diese Selbstregulierung der Plattformen kann aber nur ein Teil sein. Die strafrechtliche Verfolgung muss konsequent angewandt werden; für Betroffene muss es einfach sein, sich zu wehren.

**Was kann jedes einzelne Individuum tun oder machen, um die Demokratie resilienter zu gestalten?**

Wichtig ist, sich bewusst zu machen, dass wir eine Verantwortung tragen, wenn wir uns im Internet bewegen, wenn wir in sozialen Medien kommentieren und Inhalte teilen. Beim Umgang mit zweifelhaften Inhalten gilt es, Vorsicht walten zu lassen: Bei der Weiterverbreitung ungewisser Inhalte, beim Konfrontieren mit potenziell falschen Informationen oder der Beobachtung von Angriffen wie Shitstorms oder Hassrede gegen andere sollten Nutzerinnen und Nutzer aktiv werden. Dies umfasst, diese Inhalte an Plattformen und Organisationen zu melden und Gegenargumente zu liefern, um Fehlinformationen entgegenzuwirken. Leider verbleiben gemeldete Inhalte häufig noch zu lange auf den Plattformen und sollten daher richtig gestellt werden.

*Das Interview führten Lisa-Marie Schmidt, Senior Business Consultant msg und Lilith Schnaar, Coordinator Digitalpolitik msg*

INFOCUS

# Informationshoheit: Grundpfeiler für Vertrauen in staatliches Handeln



Das Vertrauen in staatliche Institutionen ist ein Grundpfeiler der resilienten Demokratie. Legitimität und Nachhaltigkeit eines jeden politischen Systems hängen wesentlich davon ab, dass Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer Integrität im Umgang mit staatlichen Stellen geschützt und in ihren Anliegen effizient beraten und betreut sehen. Ohne dieses grundsätzliche, auf Gegenseitigkeit beruhende Vertrauensverhältnis ist ein gerechtes, effektives Funktionieren der staatlichen Institutionen auf Dauer nicht möglich.

Weltweit, aber auch in Deutschland, ist in den letzten Jahren ein negativer Trend zu beobachten: Vor allem das Vertrauen in die Fähigkeit der öffentlichen Verwaltung, effizient und bürgerorientiert zu agieren und einen wachsenden Aufgabenberg zu erledigen, ist hierzulande brüchig. So gaben in einer Umfrage 2023 nur noch 27 Prozent der Befragten an, dass der Staat in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme in der Lage sei, diese zu erfüllen. 69 Prozent hielten den Staat für überfordert.<sup>14</sup>

Mit Blick auf die öffentliche Verwaltung und deren digitale Transformation hat der Vertrauensverlust mit Sicherheit auch greifbare Gründe. Ja, die deutsche Verwaltung hat die Digitalisierung lange nicht im Sinne der Bürgerkommunikation vorangetrieben und viele Trends verschlafen. Beispiele für

gescheiterte Projekte gab es in den vergangenen Jahren genug. Allerdings ist die öffentliche Verwaltung besser und vor allem digitaler als ihr Ruf. Auch wenn Deutschland nach wie vor nicht mit digitalen Vorzeigeländern wie Estland mithalten kann, so ist die Digitalisierung der deutschen Verwaltung in den letzten Jahren doch ein ganzes Stück vorangekommen. Eine Trendumkehr in der öffentlichen Wahrnehmung konnten diese Fortschritte aber nicht bewirken.

Der Staat hat es im digitalen Raum bisher nicht geschafft, die Informationshoheit über das eigene Handeln zu erlangen. Es ist ihm nicht gelungen, sich den nötigen Vertrauensvorschuss für sein Handeln zu sichern und die Fortschritte oder auch Fehlschläge im Sinne einer übergeordneten Zielstellung zu erläutern. Daher ist es gerade für die Bürgerinnen und Bürger – die den Maschinenraum der Verwaltungsmodernisierung nicht von innen kennen – kaum möglich, sich ein ausgewogenes Bild zu machen. Negative Einzelschlagzeilen und Vorurteile prägen die Einstellungen zum Stand der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. In der Folge denken wohl viele in Bezug auf die deutsche Verwaltung eher an Asterix' Kampf um den Passagierschein A38 als daran, dass sie ihre Steuer- oder Rentenerklärung sowie viele Alltagsbelange wie Parkausweise oder Bescheinigungen schon seit Jahren problemlos online erledigen können.

Der Grund für dieses verzerrte Bild: Die öffentliche Verwaltung hat es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, die eigenen Fortschritte im digitalen Zeitalter angemessen zu kommunizieren. Die Berliner Republik muss endlich in der digitalen Realität ankommen. Zu sehr orientieren sich die Kommunikationsansätze noch an medialen Gesetzen aus einer Zeit der reaktiven Pressemitteilungen, in der die Medien zur Schaffung von Transparenz wesentlich analog und vergleichsweise langsam waren.

Die Entwicklung des digitalen Raums und des damit verbundenen Transparenzanspruchs der Bürgerinnen und Bürger ist natürlich auch an der öffentlichen Verwaltung nicht unbemerkt vorbeigezogen. Allerdings agiert der Staat digital in einem

Raum, der selbst zunehmend an Vertrauen einbüßt und nicht zuletzt auch die aktive Intervention staatskritischer Akteure befördert. Egal welche Social-Media-Plattform: Die föderal und nach Zuständigkeiten gegliederten Verwaltungsebenen kommunizieren alle mit eigenständigen Profilen und nicht untereinander abgestimmt. Sich in diesem Stimmengewirr ein halbwegs qualifiziertes Bild zum Fortschritt der digitalen Transformation der Verwaltung zu machen, ist quasi unmöglich. Zudem ist für Nutzerinnen und Nutzer nicht unmittelbar erkennbar, dass die Informationen der Accounts der öffentlichen Verwaltung als vertrauenswürdiger einzustufen sind. Aufgrund dieser Informations- und Quellenvielfalt, die immer unter einem Wahrheitsvorbehalt aufgenommen wird, ist es schwer, Vertrauen in das Gelingen der digitalen Transformation zu gewinnen.

Folglich ist es nicht zielführend, dass der Staat versucht in einem Raum, in dem kein Grundvertrauen in die Richtigkeit der dort verbreiteten Informationen herrscht, in zersplitterter Art und Weise Transparenz über das eigene Verwaltungshandeln herzustellen. Stattdessen benötigt der Staat eine einheitliche Kommunikationsstrategie, mit der er Transparenz über die eigenen Fortschritte herstellt. Diese sollte Folgendes umfassen:

1. Die öffentliche Verwaltung erfasst ihre Fortschritte einheitlich und anhand klarer Zielvorgaben. Ein Fokus sollte auf den alltagsrelevanten Leistungen der Verwaltung liegen, die ein möglichst großes Publikum erreichen. Je konkreter die Projekte sind, desto einfacher ist es, Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen den Mehrwert zu vermitteln.
2. Sie kommuniziert aktiv und transparent den Fortschritt, gegebenenfalls auch die Verzögerung oder das Scheitern einzelner Projekte. Dazu bedarf es einer bundesweiten Kommunikationssteuerung.

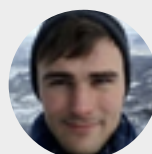
3. Die einheitliche Fortschrittsmessung sowie die aktive, gesteuerte Transparenzschaffung ermöglichen eine aktive Ergebniskommunikation, die an die Stelle der ständigen Selbstkritik tritt.
4. Grundlage dafür ist ein einheitlicher Außenauftritt, der das zerklüftete Bild der öffentlichen Verwaltung ersetzt und Vertrauen in die digitale Transformation als gesamtgesellschaftliches Projekt schafft.

Eine zentrale Kommunikationssteuerung steht somit nicht im Widerspruch zur föderalen Organisation der Projekte selbst. Sie erhebt aber den Anspruch, dass die direkte Ansprache der Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen und der Mitarbeitenden in den Behörden einen „Single Point of Truth“ hat. Nur so kann es dem Staat gelingen, als Akteur im immer stärker polarisierten digitalen Raum die Informationshoheit über sein Handeln zurückzugewinnen.

Von



**Jan Engelke,**  
Executive Business Consultant msg



**Julius Wolz,**  
Senior Business Consultant msg.

14 dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2023. Verfügbar unter:  
[https://www.dbb.de/fileadmin/user\\_upload/globale\\_elemente/pdfs/2023/230815\\_dbb\\_Buengerbefragung\\_2023\\_final.pdf](https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2023/230815_dbb_Buengerbefragung_2023_final.pdf)

## POLITICAL VOICE

von Catarina dos Santos-Wintz, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Digitales und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU

# Zwischen Transparenz und Resilienz: Demokratien rüsten sich gegen Desinformation vor Wahlen



Europa – Sachsen – Thüringen – Brandenburg, um nur die wichtigsten Wahlen in Deutschland zu nennen, denn 2024 ist ein Super-Wahljahr. Und mit Blick auf die aktuelle politische Stimmung in Deutschland und Europa ist zu erwarten, dass diese Wahlen zu erheblichen Umbrüchen in unserem Land führen können. Es sollte daher nicht überraschen, dass diese Wahlen Ziel von Desinformationskampagnen werden könnten. Eine gerade veröffentlichte Studie des Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz bestätigt: Polarisierte Wahlkämpfe im Netz, begleitet von Hasskampagnen, sind reale Gefahren für unsere Demokratie. Viele Menschen ziehen sich zurück aus dem demokratischen Diskurs; andererseits entwickelt sich eine Normalisierung von Hass in unserer Debattenkultur, die uns beunruhigen muss. Denn die Grundwerte und Prinzipien unserer Demokratie werden, auch mit Hilfe ausländischer Akteure, durch diesen Hass systematisch untergraben.

Jüngste Analysen des EU-Kompetenzzentrums gegen Desinformation kamen zum Ergebnis, dass Deutschland im vergangenen Jahr eines von vier europäischen Schwerpunktländern russischer Desinformation gewesen sei. Auch Experten, die im Auftrag des Auswärtigen Amtes den Kurznachrichtendienst X ausgewertet haben, identifizierten jüngst mehr als 50.000 gefälschte Nutzerkonten, die

offenbar in deutscher Sprache eine koordinierte Stimmungsmache betrieben. Ein Teil dieser Kampagnen soll inzwischen automatisiert funktionieren.

Es ist also wichtig, dass auch unsere bevorstehenden Wahlen geschützt werden. Schließlich sollen die Menschen die Chance haben, in freien und fairen Wahlen abzustimmen. Da das Problem komplex ist, braucht es verschiedene Strategien, wie beispielsweise die Selbstverpflichtung großer digitaler Plattformen und Technologiekonzernen zu mehr Transparenz, Faktencheck-Programme, Strategien zur Steigerung der Medienkompetenz und sicherlich auch mehr Forschung. Schon jetzt gibt es technische Möglichkeiten, bestimmte Merkmale von Desinformation aufzudecken.

Im Zentrum der politischen Arbeit stehen vor allem Maßnahmen der Europäischen Union. So hat die EU mit der Verabschiedung des Digital Services Act bereits 2022 auf diese Gefahren reagiert. Aktuell wird diese Verordnung mit dem Digitale-Dienste-Gesetz in Deutschland umgesetzt. Auf Grundlage dieser Gesetze können illegale Inhalte inzwischen schneller entfernt werden. Die Effizienz dieser Instrumente wird sich aber erst in der praktischen Arbeit zeigen. Darüber hinaus hat sich die EU im vergangenen Jahr auf eine neue Verordnung zur Transparenz von politischer Werbung geeinigt. Während die EU also schon verschiedene Rahmenbedingungen geschaffen hat, gibt es aber bislang zu neuen technische Entwicklungen, wie dem Einsatz von generativer Künstlicher Intelligenz oder Deep Fakes, noch keine Regelungen. Sicherlich wird der Druck im Hinblick auf die anstehenden Wahlen steigen.

Gleichzeitig sollte unser Menschenbild vom mündigen Bürger nicht in eine Schieflage geraten, denn eine offene Debattenkultur und ein breites Meinungsspektrum als Ausdruck der Meinungsfreiheit sind ein Grundpfeiler unserer Demokratie.



## VERANSTALTUNGSHINWEISE

### 12. – 13. März 2024: Digitaler Staat

Der Kongress Digitaler Staat fokussiert sich auf IT und moderne Verwaltungsprozesse und richtet sich an Führungskräfte des öffentlichen Sektors. Ziel ist, den digitalen Transformationsprozess in der öffentlichen Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene voranzutreiben. Die Veranstaltung findet in Abstimmung mit zahlreichen Themenpartnern statt und bietet ein dichtes, informatives Programm mit hochrangigen Referentinnen und Referenten. Fokus im Hauptprogramm sind die Themen Verwaltung 4.0 im E-Government, Datenschutz der Zukunft und die IT-Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

**Ort:** bcc Berlin Congress Center, Alexanderstraße 11, 10117 Berlin

**Informationen und Anmeldung:** [Digitaler-Staat/Anmeldung](#)

### 17. – 19. März 2024: Rethink! IT Security Frühjahr 2024

Phishing, Ransomware & Co. haben Hochkonjunktur. Auch staatlich unterstützte Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen nehmen zu. Die sich stetig weiter entwickelnde Digitalisierung von Produkten und Unternehmensprozessen verweist zudem auf ein dringliches Dilemma: Die Angriffskulisse ist gewaltig; die Ressourcen sind knapp. Vorausschauende, strategische Cyber-Resilience, effiziente Managed Security Services, Schutz gegen Ransomware, Mitarbeiter-Awareness u.v.m. werden daher immer zentraler.

**Ort:** Titanic Chaussee Berlin, Chausseestraße 30, 10115 Berlin

**Information und Anmeldung:** [Home | Rethink! IT Security \(rethink-it-security.de\)](#)

### 20. – 21. März 2024: 12. Fachkongress des IT-Planungsrats

„Gemeinsam Handeln, digital Wandeln – Am Puls der Transformation“ – unter diesem Motto richtet Nordrhein-Westfalen den 12. Fachkongress des IT-Planungsrats aus. Die Präsenzveranstaltung bietet rund 800 Teilnehmenden neueste Erkenntnisse zu den Entwicklungen im Bereich Verwaltungsdigitalisierung und viele interaktive Workshops.

**Ort:** Rheinterrasse Düsseldorf Stockheim, Joseph-Beuys-Ufer 33, 40479 Düsseldorf

**Informationen und Anmeldung:** <https://www.it-planungsrat.de/der-it-planungsrat/fachkongress/12-fachkongress-2024-in-nordrhein-westfalen#page>

### 10. April 2024: Digital Sustainability Summit, bitkom

Wie gelingt die „Twin Transition“, also die Verbindung von grünem und digitalem Wandel? Welche digitalen Innovationen für mehr Nachhaltigkeit gibt es? Wie gelingt der Aufbau nachhaltiger digitaler Geschäftsmodelle? Und wie sieht die klimafreundliche digitale Wirtschaft der Zukunft aus?

**Ort:** Berlin-Mitte

**Information und Anmeldung:** [Digital Sustainability Summit 2024 | Bitkom e. V.](#)

### 16. April 2024: eIDAS Summit, bitkom

Auf dem eIDAS-Summit wird diskutiert, wie sich die Digitalisierung von papierbasierten Transaktionen, Betriebsabläufen und Geschäftsprozessen erfolgreich umsetzen lässt. Deutschlands führende Konferenz zum Thema Digitales Vertrauen & Identität wird Experten aus Politik, Wirtschaft und Technologie für einen digitalen, branchenübergreifenden und interaktiven Austausch zusammenbringen.

**Ort:** Online

**Information und Anmeldung:** [#eidas24 | eIDAS Summit \(eidas-summit.de\)](#)

STELLVERTRETENDE  
REDAKTIONSLEITERIN:



Lilith  
Schnaar

MITWIRKENDE AUTOREN UND AUTORINNEN:



Lisa-Marie  
Schmidt



Lennard  
Munschke

IMPRESSUM

**Herausgeber**

msg systems ag  
Robert-Bürkle-Straße 1  
85737 Ismaning/München  
Deutschland

**Verantwortlich:**

Dr. Jürgen Zehetmaier (Vorsitzender),  
Dr. Andrea van Aubel,  
Rolf Kranz,  
Karsten Redenius,  
Dr. Frank Schlottmann  
Aufsichtsratsvorsitzender:  
Johann Zehetmaier

**Redaktionsleitung:**

Regina Welsch  
msg systems ag  
Friedrichstraße 120, 10117 Berlin  
Mobil: +49 1520 238 5842  
E-Mail: public-affairs@msg.group